

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

213 (14.9.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE, BADEN

Anzeigenpreise Die 10geplatzte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 60 Pfennig o. 20. Werbungsstellen nach Tarif, bei Nichterfüllung des
Zahlungswillens, bei gerichtlicher Entscheidung und bei Nichtersuchen durch den
Verleger und Vertriebsstellen: Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand-
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Rufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,80 Mark, jährlich 38 Pf. Trügerlos o. Ohne Aufhebung
1,90 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einschulung 10 Pfennig o. Ein-
schulungsmittels 11 Uhr o. Postfachkonto 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
Vertriebsstellen: Karlsruhe L. 2. Wählstraße 28 o. Gerhart 7020/7021 o. Volkshaus-Bücherei
Durlach, Hauptstr. 9 D.-Baden, Jagdboulevard 12; Rastatt, Hauptstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 213 Karlsruhe, Mittwoch, den 14. September 1932 52. Jahrgang

Gegen Diktatur und Sozialreaktion

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat den eben erst gewählten Reichstag in dem Augenblick aufgelöst, als er mit der ungeheuren Mehrheit von 513 gegen 32 Stimmen ihr das Mißtrauen aussprach und ihre Notverordnungen aufhob. Die Regierung Papen hat mit dieser Auflösung bewiesen, daß sie sich gegen den Volkswillen an der Macht halten will. Sie hat damit gegen den Sinn des Artikels 1 der Reichsverfassung verstoßen: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Wie konnte die Regierung einer kleinen Herrenschicht es wagen, sich über den Volkswillen, über eine so ungeheure Parlamentsmehrheit hinwegzusetzen? Ein solches Spiel wäre unmöglich gewesen, wenn die Regierung einer geschlossenen Parlamentsmehrheit von überzeugten Anhängern der Demokratie gegenüber gestanden hätte. Solange es eine solche Mehrheit unter Führung der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, konnte keine Regierung einen solchen Konflikt mit dem Volkswillen wagen.

Unders bei der jehigen Mehrheit des Reichstags: mehr als drei Fünftel der Abgeordneten, die gegen Papen gestimmt haben, sind selbst Anhänger der Diktatur, verachten grundsätzlich den Willen der Volksmehrheit. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen heucheln sie jetzt Verfassungstreue. Die 230 Nationalsozialisten haben nicht gegen die Regierung Papen gestimmt, um gegen das selbstherrliche Regiment des Herrschens das Volk wieder in seine Rechte einzulassen. Sie wollen an Stelle der Diktatur Papen-Schleicher die Diktatur Hitler setzen. Sie wollen das Volk vom Regen in die Traufe bringen.

Aber die Ohnmacht des Reichstags, die augenblickliche Macht der Papen-Diktatur sind nicht nur das Werk der Nationalsozialisten allein. Schulter an Schulter mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen. Deutsches Volk, jetzt erhebt dich, wenn es nicht, wenn du einen Reichstag wählst, der in seiner Mehrheit aus Gegnern des Parlaments besteht. Dadurch wird der Reichstag zur Ohnmacht verurteilt. Nur so konnte die Selbstherrlichkeit Papen-Schleicher zur Tafel werden.

Eitel Spiegelschere ist es, wenn die Nationalsozialisten jetzt so tun, als wollten sie den Kampf für die Rechte des Reichstags und des Volkes gegen die Regierung aufnehmen. Die gleichen Nationalsozialisten haben länger als ein Jahrzehnt gegen das „System“ getobt, haben unzählige Male geschworen, die Demokratie mit Stumpf und Eisen auszurotteten. Ein Narr, der glaubt, daß Hitler und seine Partei zum Schutze des bedrohten Parlaments den Kampf führen! Das Volk durchschaut dieses Spiel und wird

sich im Kampfe gegen die Papenregierung nicht zum Vorzupann einer Hitler-Diktatur hergeben.

Hitler und Göring haben selber die Regierung Papen in den Sattel gehoben und all ihr jehiges Toben gegen diese Regierung wäscht die geschichtliche Schuld von ihnen nicht ab.

„Auf unserem breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“

So hat wenige Tage vor der Reichstagsauflösung Josef Goebbels im Angriff geschrieben. Meint ihr, die feinen Herren, die Papen-Schleicher hätten den „breiten Rücken“ der Nazis hinaufklettern können, wenn diese ihm nicht gebuldig hingehalten hätten?

Hitler selber hat ja am 8. September 1932 in München erklärt: „Die nationalsozialistische Partei hat sich gegen die Regierung solange neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe.“ So gesteht Hitler die Tolerierung Papens ein.

Ohne Hitler kein Papen!

Der Abgeordnete Kube, der Führer der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag hat am 30. August dort erklärt, daß ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers die Regierung Papen nicht an der Macht wäre. Die Reichsregierung selbst hat sich in einer amtlichen Erklärung auf die Zusagen Adolfs Hitlers berufen. Mit ihrem lauten Geschrei wollen die Nationalsozialisten nur verschleiern, daß sie die Regierung der Barone in den Sattel gehoben haben und voll mitverantwortlich sind für alle Maßnahmen, für Todes- und Zuchtverordnungen, für Renten Kürzungen und Lohnbrud.

Durch ihre Hege gegen Demokratie und Marxismus hat die Hitlerpartei lediglich die finstere Reaktion, die nackte Kapitalherrschaft an die Macht gebracht.

Für den Sieg des Kapitalismus haben die braunen Hornden Hitlers unzählige Arbeiter getötet, Gewerkschaftshäuser gestürzt, Konsumvereinsläden demoliert.

Um zur Macht zu gelangen, haben die Nationalsozialisten gebildet, daß die Papen-Regierung die Unterstützung der Sozialrentner, der Kriegssopfer und der Arbeitslosen in der brutalsten Weise kürzte.

Sie hätten auch den Angriff auf die Löhne und das Tarifrrecht gebildet, wenn nicht ihr Bestreben, in den Alleinbesitz der Macht zu gelangen, gescheitert wäre. Nur weil Hitler nicht Reichskanzler wurde, begannen sie den Angriff auf die Regierung Papen.

Das Kapital sieht jetzt den Zweck erfüllt, für den es die Hitlerpartei finanziert hat: durch seine Hege gegen

die Marginalisten hat Hitler es den Kapitalisten ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Forderungen gegen die Arbeiter durchzusetzen.

Nun mag der treue Kapitalnecht Hitler den Platz freimachen für höher Geborene. Man bedarf seiner nicht mehr. Das Volk aber erkennt jetzt:

Solange die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten. Jetzt, wo die Nationalsozialisten die stärkste Partei geworden sind, sind 230 nationalsozialistische Abgeordnete kein Hindernis für das Scharjmachertum, die Interessen des Proletariats mit Füßen zu treten.

Getreu ihrer geschichtlichen Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie wieder an die Spitze im Kampf um die politische Freiheit und um seine sozialen Grundrechte. Sie ruft zur sozialistischen Offensive: Überwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Geschenke an die Privatwirtschaft, sondern durch sozialistischen Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft. Die Anträge, die die Sozialdemokratie im aufgelösten Reichstag gestellt hat, zeigen den Weg. Sie fordern Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken, sowie aller staatlich subventionierten Betriebe.

Die Sozialdemokratie führt den härtesten Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse, die durch die jüngsten Notverordnungen auf die Spitze getrieben wird. Sie richtet ihren Hauptstoß gegen den Lohnabbau und die Bedrohung des Arbeitsrechtes. Sie ruft zum Volkseinsatz auf, um mit dieser Waffe die Beseitigung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung zu erzwingen. Das ganze Volk soll sprechen unmittelbar, unmissverständlich. In der Wucht dieser Entscheidung soll der Versuch der Sozialreaktion zerfallen.

Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampfboden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktaturillusionen von links hingibt. Nur weil ein Teil der Arbeiterklasse vom gemeinsamen Kampf abgespalten worden ist, konnte die Reaktion in Deutschland zu ihrer jehigen Macht erstarken.

Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Verelendung. Ebenso wie politische Freiheit mit sozialem Fortschritt verbunden ist, ist Diktatur unlöslich verknüpft mit sozialer Reaktion.

Weg deshalb mit jeder Diktatur! Weg mit Papen! Weg mit Hitler!

Wir führen den Kampf um die Freiheit, den Kampf für den Aufstieg der arbeitenden Massen.

Gegen das Reich der Reichen, fürs Vaterland der Armen Für freies Deutschland - Für Demokratie und Sozialismus

Berlin, 12. September 1932 Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die SPD-Fraktion

SP. Berlin, 13. Sept. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer umfassenden und eingehenden Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die einzelnen Probleme erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind, zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Sozialdemokratischen Partei stellt.

Der Kampf soll nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrüttelung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen. Zu diesem Zweck hat die Sozialdemokratische Partei bereits das Volksegehren eingeleitet, durch das sozialpolitische Teil der Notverordnung des Kabinetts v. Papen vom 4. September 1932, mit dessen Hilfe der Tarifbruch und die Lohn-

senkung durchgeführt werden sollen, außer Kraft gesetzt werden soll.

Zu gleicher Zeit wird die werktätige Bevölkerung aufgerufen, ihren Willen zur Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Unterstützung der von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingebrachten Anträge auf Sozialisierung der Schlüsselindustrie und der Banken, auf Enteignung des Großgrundbesitzes, Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, Enteignung der Fürstenvermögen usw. zu unterstützen. Die Fraktion protestierte schließlich noch aufs schärfste gegen die polizeiliche Hausdurchsuchung in den Räumen des Reichstags in der Nacht zum 13. September, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstellte. Die Beratungen werden Mittwoch vormittag fortgeführt.

An der Dienstagssitzung der Fraktion nahmen bis auf fünf Abgeordnete, die durch Krankheit oder Teilnahme an ausländischen Konferenzen verhindert waren, sämtliche Mitglieder der Fraktion teil.

Kampfschlossenheit des Reichsbanners

Am Dienstag tagte in Berlin der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus den Darlegungen des Bundesführers Höltnermann und der übrigen Mitglieder ging die Kampfschlossenheit hervor, auch die neuen Kämpfe um die Sicherung des Volkes mit aller Energie und unter Einsatz aller Kräfte zu führen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe dringender Beschlüsse für die nächsten Arbeiten des Reichsbanners gefaßt.

Der Bundesvorstand gedachte ferner der 31 Toten (21 Opfer politischer Geisler, 10 tödlich Verunglückte) und der anderen zahlreichen Opfer, die die vergangenen Wahlkämpfe dieses Jahres bereits aus den Reihen des Reichsbanners gefordert haben. Die Fürsorge für diese Opfer und die Kameraden, die durch harte Urteile in die Gefängnisse gebracht sind, wird auch in Zukunft kameradschaftliche Aufgabe des Bundes sein. Zur materiellen Bewältigung dieser Ehrenpflicht wird die Mithilfe aller Republikaner einmündlich empfohlen.

Ein Bericht über die Tätigkeit im freiwilligen Arbeitsdienst ergab, daß das Reichsbanner zur Zeit 128 offene und geschlossene Arbeitslager unterhält.

Briefwechsel mit Protesten

Reichspräsident, Reichskanzler, Reichstagspräsident

Reichstagspräsident Göring hat an den Reichspräsidenten folgenden Schreiben gerichtet:

Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Art. 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen unter Bedingungen verweigert. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Art. 33 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen des Ausschusses vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat. Der Ausschuss stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht haben.

Reichspräsident Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgenden Schreiben gerichtet:

Der Herr Reichspräsident hat hierauf wie folgt geantwortet:

Den in Ihrem Schreiben vom heutigen Tage gegen den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern erhobenen Vorwurf des Verstoßes gegen die Reichsverfassung erkenne ich nicht an. Die Fragen, mit denen sich heute der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung befaßt hat, wären nie entstanden, wenn Sie, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Berlegung meiner Auflassungsverordnung erteilt oder zum mindesten sogleich nach Zustellung dieser Verordnung die Sitzung des Reichstages geschlossen hätten. So hat Sie, Herr Reichstagspräsident, und der Ausschuss diese unannehmliche Rechtslage ausdrücklich anerkannt, wie die Reichsregierung bereits erklärt hat, einem Erscheinen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern vor dem Ausschuss nichts mehr im Wege stehen.

Ein zweiter Brief an Hindenburg

Reichstagspräsident Göring hat am Dienstag abend an Reichspräsident v. Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!
 Em. Erselena!
 Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, daß Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstages betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Mißtrauensvotums wird der unverzügliche Rücktritt der Regierung Papen sein, da eine Regierung, die zu 95 Prozent das deutsche Volk gegen sich hat, weder weiter die Politik im Innern bestimmen, noch Deutschland in der jetzigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann.“

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Zum Volksbegehren

Der kommunistische Judas an der Arbeit

Das Kabinett der Barone hat den Reichstag ausgeschaltet. Gegen den Willen des Volkes soll der sogenannte Wirtschaftsplan Papens durchgeführt werden. Ungeachtet des vernichtenden Mißtrauensvotums führt sich diese Regierung als Herrin in Deutschland. Sie hat sich selbst ermächtigt, das Arbeiterrecht abzuschaffen, die Löhne zu senken, das Tarifrecht zu verschlagen. Die grundrätliche neue Staatsregierung besteht darin, daß die Arbeiterkraft keinen Einfluß mehr haben soll auf den Staatswillen und die Gesetzgebung. Das Kabinett der Barone will mit einem Wort den Obrigkeitstaat, in dem der Arbeiter Objekte der Gesetzgebung sind. Mit der Auflösung des Reichstages glauben sie die Ausschaltung der Arbeiterkraft endgültig vollziehen zu haben. Vielleicht denken sie heute schon daran, auch neu zu wählenden Reichstag wieder aufzulösen, wenn er nicht will, wie sie wollen.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Das Kabinett der Barone hat den Reichstag ausgeschaltet. Gegen den Willen des Volkes soll der sogenannte Wirtschaftsplan Papens durchgeführt werden. Ungeachtet des vernichtenden Mißtrauensvotums führt sich diese Regierung als Herrin in Deutschland. Sie hat sich selbst ermächtigt, das Arbeiterrecht abzuschaffen, die Löhne zu senken, das Tarifrecht zu verschlagen. Die grundrätliche neue Staatsregierung besteht darin, daß die Arbeiterkraft keinen Einfluß mehr haben soll auf den Staatswillen und die Gesetzgebung. Das Kabinett der Barone will mit einem Wort den Obrigkeitstaat, in dem der Arbeiter Objekte der Gesetzgebung sind. Mit der Auflösung des Reichstages glauben sie die Ausschaltung der Arbeiterkraft endgültig vollziehen zu haben. Vielleicht denken sie heute schon daran, auch neu zu wählenden Reichstag wieder aufzulösen, wenn er nicht will, wie sie wollen.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

Reichspräsident Hindenburg hat hierauf wie folgt geantwortet:

Ich stelle auch Em. Erselena gegenüber ausdrücklich fest (val. amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt habe, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist auch technisch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen mein Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsbildung mitbeteiligt hat.

lage im neuen Reichstag bemüht. Um dieses Ziel zu erreichen, war sie bereit, Fühlung zu nehmen mit jeder Partei, die den Gedanken positiver Zusammenarbeit verantwortungsbewußt bejahte. Die Rechte der Volksvertretung sollten dabei gesichert, die Rechte der Volksvertretung gewahrt werden. Unverrückbar stand vor uns die Aufgabe, jetzt alles zu verbieten, daß eine Regierung den Weg gefährlicher Experimente weiter ginge, und damit der Zerrüttung unseres innerpolitischen Lebens Vorhub leistet.

Die Regierung v. Papen hat ihren Willen durchgesetzt. Das ganze deutsche Volk wird die Folgen zu tragen haben, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, weil es einen dauernden Aufschwung des Wirtschaftslebens nur bei normalen und stabilen politischen Verhältnissen geben kann. Die Schuld fällt auf die gegenwärtige Reichsregierung.

Ein toller Polizeistreich

CPA, Berlin, 13. Sept. Wie die kommunistische Reichstagsfraktion mitteilt, hat heute, kurz nach Mitternacht, als der kommunistische Fraktionsvorstand seine Arbeitsräume verlassen hatte, eine Sausuchung im kommunistischen Fraktionsbüro stattgefunden. Die Arbeitsräume wurden von etwa 40 Kriminalbeamten besetzt. Ein Teil der Schränke wurde erbrochen. Ob Material mitgenommen wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Noch in der Nacht sind Vertreter der kommunistischen Fraktion im Reichstag erschienen, um die nötigen Erhebungen zu machen.

Wie das Nachrichtenbüro des VDD, zu der Durchführung der kommunistischen Arbeitsräume im Reichstag erklärt, hat der Direktor des Reichstags, Galle, gegen die Durchsuchung sofort bei den anwesenden Kriminalbeamten Einspruch erhoben, da die Polizei ohne Genehmigung des Reichspräsidenten, der auch im aufgelösten Reichstag allein das Hausrecht besitzt, in das Reichstagsgebäude eingedrungen sei. Trotz dieses Einspruches wurde die Durchsuchung aber zu Ende geführt. Der Direktor hat sofort dem Reichstagspräsidenten Göring von dem Vorgehen der Polizei Mitteilung gemacht, und es ist anzunehmen, daß noch ein offizieller Einspruch des Reichstagspräsidenten erfolgen wird.

Der schwache Polizeistreich, der sonst das Reichstagsgebäude an stürmischen Tagen bewacht, ist heute seit den frühen Morgenstunden erheblich verstärkt worden. Eine Kontrolle der Reichstagsbesucher findet jedoch nicht statt.

Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zum 13. September um 23.30 Uhr der stellvertretende Leiter der Abt. 1. Reg.-Kat. v. Werder, eine Durchsuchung im Reichstag angeordnet, da der dringende Verdacht eines Sprengstoffattentates vorlag. Die Durchsuchung konnte dem Herrn Reichstagspräsidenten und dem Herrn Polizeipräsidenten vorher nicht mehr angekündigt werden, da beide Herren fernmündlich nicht zu erreichen waren. Die Durchsuchung war um 1.30 Uhr beendet. Die Keller des Reichstags und die Fraktionsräume der kommunistischen Partei sind durchsucht worden. Der nach kurzer Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung, Geh.Rat Galle, erhob gegen diese Durchsuchung energischen Protest und teilte mit, daß er diese Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstaats zur Sprache bringen würde. Da Regierungsrat v. Werder annehmen mußte, daß Gefahr bestände, hat er trotz des Protestes von Herrn Geh.Rat Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In den Fraktionsräumen der KPD wurden zwei Berleungschriften, sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau beschäftigt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Freistaat Baden

Oskar Daubmann in Berlin

CPA, Oskar Daubmann ist auf Veranlassung der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener am Dienstag in Berlin einetroffen, wo er durch den Leiter der Vereinigung vernommen wird. Der Bericht Daubmanns, der von der badischen Regierung zu Protokoll gegeben wurde, soll in keinem Belieben durchgesprochen werden, und man hofft, einige Widersprüche klären zu können. Sollte dies gelingen, so würde Daubmann zur restlosen Entwirrung des Falles einen Lokaltermin in Afrika zugestehen müssen. Die Besprechung wird sich bis Donnerstag hinziehen.

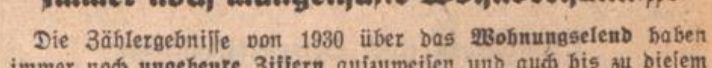
Soziale Rundschau

Immer noch mangelhafte Wohnverhältnisse

Die Zählergebnisse von 1930 über das Wohnungselend haben immer noch ungeheure Ziffern auszuweisen und auch bis zu diesem Jahre liegen die Verhältnisse noch nicht günstiger. Man schätzte im ganzen 1 Million Familien oder Haushaltungen, die kein eigenes Heim besitzen. Dabei kommen auf Gemeinden mit 3000 bis 20 000 Einwohnern 6,3 auf solche mit 50 000 bis 100 000 Einwohner 9,1, bei 100 000 und mehr Einwohnern gar 10,5 Familien ohne eigene Wohnung. Dabei zeigt die Statistik nurmehr die Familien ohne eigenes Heim auf, sieht noch vollständig ab von Verhältnissen, wo zwar eine sogenannte eigene Wohnung vorhanden ist, wo diese aber die hygienischen Forderungen in Bezug auf Zahl, Größe und Luftigkeit der Räume in keiner Weise erfüllen kann. So hat der Direktor vom Statistischen Reichsamt erst kürzlich mitgeteilt, daß allein in Hindenburg O.S. von je 100 Wohnungen 29,3 absolut überfüllt waren. Weiter hat Direktor Burdörfer festgestellt, daß in den Großstädten verschieden verteilt von 5-33 Prozent Wohnungen kinderreicher Familien an Überfüllung leiden. Die Schäden, die auf diese denkbar unangünstigsten Wohnungsverhältnisse zurückzuführen sind, sind leider recht mannigfaltig. Besonders die anstehenden Krankheitsfälle werden dadurch zu ungeahnter Verbreitung gebracht. Da sind besonders Tuberkulose, Scharlach und Diphtherie zu nennen, die in vielen Fällen nur durch das enge Zusammenwohnen mit kranken Menschen in so starker Weise zu sich greifen. Die Grundforderungen für einwandfreie Wohnungen sind: Licht, Luft, Reinlichkeit und Ruhe.

Der Kampf geht nun erst recht weiter!

Du müßt die drei Pfeile tragen!



Im Reichstag waren ausreichende und willige Kräfte vorhanden, um eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Reichspräsidenten, Reichsregierung und Volksvertretung zu sichern, entsprechend der Auffassung, die der Herr Reichspräsident seinerseits ausgesprochen und bei seiner Vereidigung erhärtet hat:

„Ich bin vom Volke gewählt und der Reichstag ist vom Volke gewählt? Der Reichspräsident und der Reichstag gehören zusammen. Einer kann nicht ohne den anderen sein.“

Die Regierung v. Papen aber arbeitet tatsächlich gegen das Zusammenwirken der arbeitsbereiten Kräfte im Parlament. Ihr Bemühen ging dahin, den Reichstag vor vornberein als arbeitsunfähig zu machen. Sie braucht einen solchen Zustand, um ihr Dasein daraus heraufzuleiten. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Vertretern breiter Volksgruppen im Parlament sind von ihm zu einem leikamen Doppelspiel benutzt worden. Statt zusammenzuführen, trieb er die eine Gruppe gegen die andere aus. Die Zentrumspartei hat sich mit beharrlicher Ausdauer um das Zustandekommen einer sachlich begründeten, arbeitsfähigen Grund-

